

Asian Development Bank: Hilfen für Konzerne als Armutsbekämpfung?

Die Asian Development Bank (ADB) feiert sich auf ihrer 49ten Jahreshauptversammlung als „Entwicklungsbank“, die ökonomische und soziale Projekte für die „Armen“ in Asien finanziert. Unter dem Motto „Cooperating for Sustainability“ kommen vom 2. bis 5. Mai tausende „Finanz- und EntwicklungsexpertInnen“ in Frankfurt zusammen, um über die weiteren Geschäfte der Bank zu beraten.

Doch die „Armutsbekämpfung“ der ADB findet in einem neoliberalen Rahmen statt, der durch Wachstum, Freihandel und Liberalisierung der Finanzmärkte gekennzeichnet ist. Neben den neuerdings offensiv vermarkteten Investitionen in „grüne“ Wachstumsbereiche ist die Bank stark in große Infrastrukturprojekte involviert und finanziert intensiv private Konzerne. So haben deutsche Unternehmen und Berater seit 1967 2.7 Milliarden US Dollar an Zuschlägen erhalten. Das Wachstums- und Entwicklungsmodell, das die Bank in Asien vorantreibt, findet auf dem Rücken der ArbeiterInnen und der Umwelt statt. Für die erfolgreichen Exportindustrien Asiens wie Elektronik, Textilien, Palmöl, Kohle usw. schufteten Millionen Menschen für Hungerlöhne. Freie Gewerkschaften fehlen in weiten Teilen der Region. Bezeichnenderweise hat die ADB in fast 50 Jahren keine Projekte für die Unterstützung von Gewerkschaften oder für die Durchsetzung von angemessenen Mindestlöhnen durchgeführt.

Hinzu kommt: Die Standards der ADB für den Schutz von Umwelt und Menschenrechten werden oft nur unzureichend umgesetzt, die Auswirkungen der Projekte kaum öffentlich kontrolliert. Damit reiht sie sich ein in die Szene globaler Entwicklungsbanken wie Weltbank oder AIIB. Zudem geht der Trend hin zu einer zunehmenden Verwässerung von Standards.

Entsprechend schlecht sieht die umweltpolitische Bilanz aus: Förderung der Kohleindustrie, Investitionen in Garnelenfarmen und Eukalyptusplantagen, Privatisierung von städtischer Wasserversorgung. Menschenrechte spielen bei der Bank eine untergeordnete Rolle: Sie war immer bereit, mit Diktaturen verschiedenster Couleur zusammenzuarbeiten, etwa in Suhartos Indonesien, mit der burmesischen Militärdiktatur oder den heutigen Regimen in China und Thailand.

Das sind alles ganz normale Geschäftspraktiken von Banken, könnte man einwenden. Nur, dass die ADB öffentlich finanziert wird: Deutschland hat beispielsweise bisher acht Milliarden Dollar in die Bank investiert. Damit erhält die Bank einen öffentlichen Auftrag. Zudem hat Deutschland Sitz und Stimme im Verwaltungsrat der ADB und direkten Einfluss auf Projektentscheidungen. Statt zerstörerische Projekte zu finanzieren und die Privatwirtschaft mit öffentlichen Geldern zu subventionieren, sollte das Geld dort ankommen, wo es dringend gebraucht wird.

Wir fordern:

- 1. Stärkere Standards zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten**
- 2. Bessere Kontrolle & transparentes Reporting von Projektfolgen**
- 3. Menschenwürdige Löhne & Arbeitsbedingungen müssen als Voraussetzungen und Ziele stärker die ADB-Arbeit bestimmen**

Protestaktion Montag, 2. Mai, 10-11.30, Messe Frankfurt